



Starke Volksschule St. Gallen

kontakt@starkevolksschulesg.ch
www.starkevolksschulesg.ch

Medienspiegel Woche 26 / 2015

NZZ, 22. Juni 2015

«Der Pisa-Test gehört abgeschafft»

NZZ, 22. Juni 2015

Vom Schwächeln eines Musterschülers

sda, 22. Juni 2015

Baselbieter Landrat soll über Sammelfächer und Lehrplan entscheiden

Tagblatt, 23. Juni 2015

Die Schulinitiative ist definitiv vom Tisch

Informationsveranstaltung

«Lehrplan 21 – Segen oder Fluch?»

[Schaffhauser Bock, 22.06.2015](#)

Der neue Lehrplan 21 im Kreuzverhör

[Schaffhauser Nachrichten, 22. 06. 2015](#)

Neue Luzerner Zeitung, 26. Juni 2015

Initiative für mehr Mitsprache bei Bildungsreformen

ZOL, 26.06.2015

Fremdspracheninitiative wird definitiv lanciert

srf, 26. Juni 2015

«Kein Mensch ist bildungsfern»

soaktuell, 26.06.2015

Die Volksschule dem Volk

NZZ, 27. Juni 2015

Boxenstopp beendet

Weitere Informationen unter: <http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Prof. Dr. Jochen Krautz: Kompetenzen machen unmündig

Streitschriften zur Bildung, Heft 1

Hrsg. Fachgruppe Grundschulen der GEW BERLIN

[Online Version, entsprechend der zweiten Druckauflage, Berlin, Juni 2015](#)



Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung unter: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf

PC-Konto 61-562879-4 (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4)

Für unsere Kinder - besten Dank

«Der Pisa-Test gehört abgeschafft»

Wolfram Meyerhöfer, Spezialist für Mathematikunterricht, erklärt, warum er den Pisa-Test für einen schlechten Test hält

Sie sind ein ausgewiesener Pisa-Gegner. Wie ist es so weit gekommen?

1998 promovierte ich zu «TIMSS». Diese «Third International Mathematics and Science Study» war eine Art Pisa-Vorläufer. Da wurden Siebt- und Achtklässler in Mathe und Naturwissenschaften getestet. Es gab eine Art Erdbeben, weil Deutschland nicht so gut abschnitt. Ich dachte mir: Wow! Mit diesem unglaublichen Datenschatz will ich herausfinden, wie man den guten Mathematikunterricht macht. Ich stellte dann aber bald fest, dass das nicht funktionierte, weil der Test nicht das testete, was er zu testen vorgab. Deshalb habe ich dann auch Pisa von Anfang an begleitet. Und es war, wie wenn man einen Nagel in eine morsche Wand schlagen will: Peu à peu kommt einem die ganze Wand entgegen. Das Testkonzept wurde nicht sauber erarbeitet. Mittlerweile schneiden die Deutschen besser ab. Das heisst aber nur, dass sie ein schlechtes Testkonzept jetzt besser bedienen.

Warum schnitten die Finnen damals schon so gut ab?

Im Jahr 2000 wurden die armen Finnen durch ganz Europa geschleift. Aber die Finnen, die ich traf, meinten, sie hätten genau dieselben Probleme im Unterricht wie überall. Sie sahen die Pisa-Ergebnisse als Katastrophe: Notwendige Reformen wurden abgeblasen.

Aber warum galt Finnland dann so lange weiter als Vorbild?

Es passte kulturell: In der TIMSS waren vor allem die Schweiz und Japan stark. Aber keiner wollte den extremen japanischen Drill. Die Schweiz hatte damals ein System, dessen Freiheit man lieber nicht aufnehmen wollte. Die Pisa-Aufgaben passten zur finnischen Schulkultur - was gerade im Bereich Deutsch gravierend ist: Bis Pisa war der Deutschunterricht in Deutschland literarisch orientiert. Aber bei Pisa geht es etwa darum, sehr schnell Fragen zur Preisgestaltung auf einem Schild an einer Dampferausflugsstelle zu beantworten. Die Schüler sollen das Schild so dechiffrieren, wie es der Tester will.

Das heisst, ein guter Pisa-Schüler weiss nicht unbedingt viel?

Pisa und auch TIMSS haben eine Tendenz, die Schüler ins Mittelmaass zu pressen. Schüler, die etwas nicht können, können bei bestimmten Aufgaben erfolgreich sein, wenn sie ordentliche Ratestrategien haben. Und andersherum: Schülern, die ein Problem wirklich durchdringen, wird beigebracht, dass es darum nicht geht. Wenn sie anfangen, tiefergehend nachzudenken, läuft ihnen die Zeit davon, oder sie kommen gar zu einem als falsch gewerteten Ergebnis.

Warum sind die Aufgaben dann so konstruiert?

Als Organisation für wirtschaftliche Entwicklung interessiert die OECD die ökonomische Rolle der öffentlichen Schulen. Die Tests orientieren sich also an der Brauchbarkeit von Schülern als Arbeitskräften. Aber das kann nicht das einzige Ziel öffentlicher Bildung und Erziehung sein! In anderthalb Minuten zu entscheiden und bei einem Sachproblem lediglich ein Kreuz zu setzen, das folgt einem ökonomischen Konzept, welches für ein Land mit einer Wirtschaftsstruktur wie Deutschland fatal ist. Für Pisa ist die OECD auch Allianzen mit multinationalen und profitorientierten Unternehmen eingegangen, die versuchen, von jedem von Pisa behaupteten Bildungsproblem zu profitieren. Die internationalen Bildungskonzerne benötigen Tests wie Pisa, um eigene Bildungsprogramme zu legitimieren, laufen mit ihren Bildungsinhalten aber in eine völlig falsche Richtung.

Wenn die Mängel so offensichtlich sind: Warum ist Pisa dann trotzdem so erfolgreich? Immerhin hat sich die Zahl der teilnehmenden Länder innerhalb weniger Jahre verdoppelt, Tendenz steigend.

Pisa ist ein Konsortium von Testkonzernen in verschiedenen Ländern, das eine sehr erfolgreiche Marketingstrategie verfolgt hat. Der Erfolg von Pisa gründet auf einer bewussten Markterschließung, auch durch Strategien wie die Ankündigung: «Am 5. Mai veröffentlichen wir die Ergebnisse, aber bestimmte Medien bekommen am 3. Mai vorab schon einige Informationen.» Dabei wurde komplett übersehen, dass es auch nichts bringt, eine Viertelmillion Schüler zu testen, wenn der Test schlecht ist.

Aber das ist lange her - und Pisa ist immer noch erfolgreich!

Es passt eben gut zur strukturellen Verfasstheit des Schulwesens. Vor 30 Jahren war alle Politik noch gemächlicher, da funktionierte vieles auf Zuruf. Heute ist unsere Gesellschaft durchformalisiert, Kennzahlen und Studien sind das Mass aller Dinge: Wenn eine Strasse gebaut wird, fragt man nicht mehr nach Wohlbefinden, sondern macht Berechnungen. Das ist das, was Max Weber «Bürokratisierungstendenz» nennt.

Vor einem Jahr haben 2500 Professoren, Schulleiter und Lehrer aus der ganzen Welt in einem offenen Brief an Pisa-Chef Schleicher kritisiert, das Messen einer Vielfalt von Bildungstraditionen und -kulturen mit einem engen und einseitigen Massstab könne Schulen und Schülern schaden. Inwiefern?

Standardisierte Tests entprofessionalisieren die Lehrerschaft. Sie müssen die Schüler auf die Tests hin trimmen, statt mit ihnen das Spannungsfeld der Bildung von Autonomie auszuloten. Ich habe aber den Brief trotzdem nicht unterzeichnet. Ich möchte, dass der Job von Herrn Schleicher abgeschafft wird, da bitte ich ihn doch nicht per Brief, Pisa bildungsnäher zu gestalten. Diese Tests gehören abgeschafft.

Interview: Jenni Roth

Wolfram Meyerhöfer ist Professor der Mathematikdidaktik an der Universität Paderborn und gilt als einer der grössten Pisa-Kritiker.

<http://www.nzz.ch/wissenschaft/bildung/miese-noten-fuer-den-pisa-test-1.18566596?reduced=true>

Bildungswunder Finnland?

Ein schwächelnder Musterschüler

Das progressive Schulsystem sei schuld am Leistungsabfall der finnischen Schüler, meint eine britische Studie. Die Adressaten reagieren mit gereiztem Widerspruch. Die Reformen gehen weiter.

von Jenni Roth

Es war einmal ein Land, das hatte das beste Schulsystem der Welt. Deshalb reisten Verehrer aus aller Herren Ländern dorthin, um herauszufinden, was es mit diesem Wunderland auf sich habe. Sie sahen, dass die Schüler nicht mit Bergen von Hausaufgaben und schwierigen Klausuren geängelt wurden. Dass die Lehrer viel Freiheit hatten. Doch schon im Pisa-Ranking von 2009 waren die finnischen Schüler dann nicht mehr in Topform, 2012 schafften sie es in Mathematik nicht einmal mehr unter die ersten zehn. Was ist da los?

Gefährliche Reformen

Eine Antwort lautet: «Real Finnish Lessons: The true story of an education superpower». Der Autor der Studie, Gabriel Heller Sahlgren von der London School of Economics, führt das Schwächeln auf die Reformen der 1990er Jahre zurück – genau auf jene Reformen also, die die Bildungswelt zum finnischen Erfolgsgeheimnis erklärt hat. Er warnt davor, den Finnen nachzueifern: «Die Noten werden genau da schlechter, wo die Reformen anfangen zu wirken.»

Die Pisa-Erfolge vom Anfang der nuller Jahre seien das Ergebnis eines Systems, das vor den Reformen in Kraft war. «Die guten Ergebnisse beruhten auf einem älteren, traditionellen Schulsystem mit wenig Autonomie für Lehre und Lehrer», sagt Sahlgren und zitiert eine britische Forschergruppe nach ihrem Finnlandbesuch von 1996: «Egal in welcher Schule wir waren – überall derselbe Unterricht. Man hätte die Lehrer auswechseln können.» Dass die Pisa-Rankings so gut ausfielen, sei weniger der Bildungskultur als der wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet.

Verglichen mit seinen nordischen Nachbarn war Finnland in vielerlei Hinsicht ein Spätzügler: Die Industrialisierung kam ebenso schleppend in Gang wie das Wirtschaftswachstum und der Aufbau eines Wohlfahrtsstaats. Die Schulpflicht wurde erst 1921 eingeführt. Noch 1945 waren 75 Prozent der Bevölkerung Bauern, gebildet war vor allem die schwedischsprachige, aristokratische Minderheit. Doch mit der Unabhängigkeit 1917 erwachte ein nationales Selbstwertgefühl, Bildung wurde zum Leuchtturm des nationalen Projekts und die ersten finnischen Lehrer seine Helden. Ihre Auswahl und Ausbildung erfolgte, wie Sahlgren sagt, mit Blick auf preussischen Gehorsam: tanzen, trinken, rauchen – alles verboten. «Dieser Generation gehörten noch viele Lehrer an, die während der Pisa-Erfolge unterrichteten», sagt der Autor. Aber diese Wahrheit passe nicht ins Weltbild der Bildungsexperten.

Klar, dass bei solchen Thesen Widerspruch prompt folgt. Andreas Schleicher, OECD-Koordinator und Schöpfer der Pisa-Tests, argumentiert, dass die Schüler im traditionellen System der 1960er Jahre maximal durchschnittliche Leistungen erbracht hätten und dass schon in den 1970er Jahren Reformen in Angriff genommen worden seien, die den Erfolg der nuller Jahre be-

gründet hätten. Zudem sei der jüngste Abfall moderat. Andere gehen noch weiter: «In dieser Studie geht es nicht um Bildung. Es geht um Politik und Industrie», sagt David Marsh. Marsh ist Bildungsexperte bei Edu-Cluster, einem Startup dreier Universitäten, das als Netzwerk der Bildungswirtschaft das finnische Bildungssystem exportieren will.

Das «progressive» System, das für Sahlgren eine Mitschuld an den schlechteren Noten trägt, ist für Marsh ein Reizwort: Progressiv beziehe sich auf etwas, das wachse, sich entwickle. Aber politisch stehe es für Reformen und gesellschaftliche Freiheit im Gegensatz zu Traditionalismus und Konservatismus. Marsh hält schon das Vorwort der Studie für fragwürdig: Darin schreiben die Tutoren Sahlgrens, Finnlands Erfolg und Abstieg seien nie systematisch analysiert worden. Zudem sprächen die beruflichen Hintergründe der Beteiligten für sich: Der eine Tutor sei Wirtschaftswissenschaftler, der andere Finanzexperte. Und der Autor selbst sei schon in zahlreichen rechtskonservativ ausgerichteten Think-Tanks tätig gewesen. Ist die Studie also ein Symptom der schrillen englischen Debatte zwischen Progressiven und Traditionalisten?

Tatsächlich ist sie pünktlich zu den britischen Wahlen erschienen. Und auch ein Blick auf die etwa zeitgleichen Wahlkämpfe dort und in Finnland ist aufschlussreich: Während die britischen Liberalen und Konservativen sich gerade in Bildungsfragen entzweiten, entstand das finnische Reformkonzept im Konsens aller Parteien. Die Politiker haben mit allen Beteiligten diskutiert, mit Schülern, Lehrern, Kommunen, Wissenschaftern, und stets mit dem Ziel, Schulen als Lerngemeinschaften weiterzuentwickeln, in denen die Schüler mehr mitbestimmen können – etwa ihre Lernziele definieren –, dafür aber auch Verantwortung für ihren Lernerfolg tragen. Bleibt die Frage nach den abfallenden Pisa-Rankings – die doch gar nicht so entscheidend seien, wie Marsh in Finnland sagt.

Und doch reagieren die Finnen auf die schlechteren Pisa-Ergebnisse. Zumindest nahmen sie zeitgleich umfassende Reformen in Angriff. Oberstes Ziel: «Die Schule konsequent vom Lernprozess des Schülers her zu denken», sagt Irmeli Halinen, Reformverantwortliche im Schulministerium.

Der Schüler hat das Sagen

So sollen Schüler möglichst verschiedene Lernmedien wie Buch und Internet benutzen, um herauszufinden, welches ihnen am besten liegt, und sogar bei der Bewertung ihrer Leistung mitreden dürfen. «Ganz oben stehen die Freude am Lernen, die Begeisterung. Zusammen mit mehr Mitbestimmung der Schüler sind sie der Schlüssel zum Erfolg.» Und: Langsam entfernt sich das Verständnis von Bildung weiter vom traditionellen Wissenskanon. Es geht nicht mehr nur um Inhalte, sondern um die Fähigkeit, mit den Informationsfluten umzugehen und Zusammenhänge zu erkennen. Zu den festgelegten Kompetenzfeldern gehören etwa Kulturen kennenlernen, Beherrschen der Informationstechnologien sowie Aufbau einer nachhaltigen Zukunft.

Besonderes Aufsehen erregte die Nachricht, Finnland wolle als Teil der Reform die Schulfächer abschaffen. Das stimme so nicht ganz, sagt Halinen. «Fächer bleiben wichtig. Aber sie sind nicht mehr so streng voneinander abgegrenzt: Es wird nicht mehr strikt getrennt nach Mathematik oder Deutsch unterrichtet, sondern nach Themenkomplexen.» Im Themenbereich EU könnten das zum Beispiel Fremdsprachen, Politik oder Geografie sein.

Viele Lehrer, die auf ein Fachgebiet und eine Lernmethode spezialisiert sind, kritisieren die Methoden. Sie müssen einfallsreich und flexibel sein. Und es gibt Kollegen, die sich mit den Informationstechnologien schwertun und vor neuen Herausforderungen stehen: auch weil die Schüler ab 2016 keine Schreibschrift mehr lernen müssen und sich stattdessen aufs Tippen und Computertastaturen konzentrieren sollen.

Bis 2020 soll das Reformpaket umgesetzt sein. Und schon blickt die Bildungswelt wieder auf Finnland und lobt, dass die Schulen hier Kinder nicht durch «Prüfungsfabriken» jagen, sondern Charakter und Kommunikationsfähigkeiten fördern. Aber bei so viel Lob sollten die Experten nicht vergessen: Eine Diskussionskultur ist ebenso wenig ausgeprägt wie die Förderung von Hochbegabten.

http://www.nzz.ch/wissenschaft/bildung/ein-schwaechelnder-musterschueler-1.18566597?extcid=Newsletter_22062015_Top-News_am_Morgen

sda, 22.06.2015

Baselbieter Landrat soll über Sammelfächer und Lehrplan entscheiden

Eine Mehrheit der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) des Baselbieter Landrats lehnt die Einführung von Sammelfächern auf der Sekundarstufe ab. Darüber und über die Einführung des Lehrplans 21 soll das Parlament entscheiden und nicht der Bildungsrat.

In ihren am Montag veröffentlichten Vorlagen zu den Parlamentarischen Initiativen "Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer" und "Einführung Lehrplan 21" schreibt die BKSK, die Kommissionmehrheit sei der Meinung, nicht alle eingeleiteten Reformen verbesserten die Bildungsqualität.

Einige Reformen würden "teilweise zusätzliche Kosten auslösen und zu weit gehen". Die Mehrheit der BKSK befürchtet, dass eine Zusammenführung der Einzelfächer Geschichte, Geografie, Physik, Biologie, Chemie, Hauswirtschaft und Wirtschaftskunde in Sammelfächer "zu einer Nivellierung auf ein tieferes Bildungsniveau führt und sich langfristig Folgekosten ohne Mehrwert ergeben".

Die BKSK ist der Meinung, dass der Entscheid über die Einführung von Sammelfächern auf der Sekundarstufe in die Kompetenz des Landrates fallen soll. Der Bildungsrat könne dem Landrat entsprechend Antrag stellen. Die Kommission schlägt nun eine entsprechende Änderung des Bildungsgesetzes vor.

Landrat soll auch über Lehrplan entscheiden

Eine Mehrheit der BKSK hält fest, gemäss der heutigen Regelung müsse der Lehrplan 21 respektive der Lehrplan der Volksschule vom Landrat genehmigt werden. Die Kommission verweist dazu auf einen Passus im Bildungsgesetz.

Um Unklarheiten zu vermeiden, beantragt die Kommission, dass die Genehmigung des Lehrplans 21 durch den Landrat im Bildungsgesetz ausdrücklich festgehalten wird.

Laut der BKSK soll der Lehrplan 21 für die Primarstufe in Kraft bleiben, auch wenn der Landrat die Einführung auf Sekundarstufe ablehnen sollte. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass der Lehrplan 21 auf der Primarstufe bereits auf das Schuljahr 2015/16 eingeführt wird.

Bildungsrat will Kompetenzen nicht abtreten

Der Baselbieter Bildungsrat vertritt eine ganz andere Meinung als die Mehrheit der BKSK. Gemäss Bildungsgesetz fielen einschlägige Entscheide in seine Kompetenz, hatte er im März mitgeteilt. Er will weder den Entscheid über die Einführung des Lehrplans 21 noch über die Schaffung von Sammelfächern an den Landrat abtreten.

Der Bildungsrat will den neuen Lehrplan auf der Sekundarstufe ab dem Schuljahr 2018/19 einführen. Der Lehrplan werde an die Baselbieter Verhältnisse angepasst, schrieb das Gremium im März weiter.

Der nächste Schritt liegt nun aber beim Landrat. Er wird die von der BKSK erarbeiteten Gesetzesvorlagen voraussichtlich nach den Sommerferien behandeln. Erreichen die beiden Vorlagen kein Vier-Fünftel-Mehr, so wird das Volk an der Urne den definitiven Entscheid fällen.

<http://www.bluewin.ch/de/news/regional/region-north/2015/6/22/baselbieter-landrat-soll-uebersammelfächer-und-leh.html>

Die Schulinitiative ist definitiv vom Tisch

Das St. Galler Verwaltungsgericht hat die Initiative «Für die Volksschule» für ungültig erklärt. Der Verein Starke Volksschule zieht den Entscheid nicht ans Bundesgericht weiter – widerwillig. Er lässt aber nicht locker und prüft weitere Initiativen.

REGULA WEIK

ST. GALLEN. Der Verein Starke Volksschule ist überzeugt, dass er mit seinem Anliegen vor Bundesgericht «gute Chancen» gehabt hätte. Dennoch verzichtet er «aus finanziellen und pragmatischen Überlegungen» auf den Schritt – und akzeptiert den Entscheid des St. Galler Verwaltungsgerichts. Dieses hatte die Initiative «Für die Volksschule» für nicht zulässig erklärt (Ausgabe vom 8. Mai). Das Anliegen widerspreche übergeordnetem Recht. Damit stützte das Gericht einen Entscheid der St. Galler Regierung. Sie hatte die Initiative im Herbst als unzulässig taxiert. Der Verein erhob dagegen Beschwerde beim Verwaltungsgericht. Erfolglos.

Verein fordert Harnos-Austritt

Der Gerichtsentscheid ist aus Sicht des Vereins «nicht haltbar». Das Gericht hatte die Initiative als gänzlich ungültig beurteilt – «zu Unrecht», schreibt der Vereinsvorstand in einer Medienmitteilung. Das Gericht habe den Focus zu sehr auf den Fremdsprachenunterricht gelegt – der Verein will auf Primarstufe höchstens eine Fremdsprache zulassen – und die andern Aspekte ausgeblendet.

Das Verwaltungsgericht hatte argumentiert, die Initiative verstosse sowohl gegen die Bundesverfassung wie auch gegen das für den Kanton St. Gallen verbindliche Harnos-Konkordat.

Der Verein fordert denn auch mit einer zweiten Initiative den Austritt St. Gallens aus dem Konkordat. Und: Mit diesem zweiten Anliegen ist er erfolgreich unterwegs; die notwendigen Unterschriften sind beisammen.

Kritik an Gerichtsurteil

«Das Verwaltungsgericht verpasste die Chance, den Entscheid der Regierung zu korrigieren. Es beugte sich offensichtlich dem politischen Druck», hält der Verein fest. Und er gibt sich kämpferisch: «Wir bleiben dabei: Der Lehrplan 21 muss vors Volk. Letztlich ist es in unserem Land Sache des Volkes, zu bestimmen, was die Kinder in der Schule lernen sollen, und nicht allein Sache von Regierung und Justiz. Wer dies nicht respektieren will, demontiert willentlich unsere Demokratie und spricht dem Volk seine Rechte ab.»

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Die-Schulinitiative-ist-definitiv-vom-Tisch;art122380,4267821>

Initiative für mehr Mitsprache bei Bildungsreformen

BILDUNG · Im Kanton Luzern ist eine Volksinitiative für mehr Mitsprache von Volk und Parlament bei Bildungsreformen lanciert worden. Hinter dem Begehren steht ein überparteiliches Komitee aus Politikern, Lehrpersonen und Unternehmern. Sie wollen das Reformtempo drosseln.

Offizieller Sammelstart ist am Samstag, wie das Initiativkomitee mitteilte. Nötig für das Zustandekommen sind innerhalb eines Jahres 4000 Unterschriften.

Die kantonale Volksinitiative „Bildungsreformen vor das Volk“ verlangt mehrere Änderungen im Volksschulbildungsgesetz. Demnach müssen grundlegende Lehrplanänderungen, die alle Unterrichtsstufen betreffen, vor der Einführung dem Volk unterbreitet werden. Die Bestimmung soll rückwirkend ab 2014 gelten und würde auch den Lehrplan 21 betreffen.

Laut dem Initiativtext müssen zudem interkantonale Vereinbarungen vom Kantonsrat genehmigt werden und dem fakultativen Referendum unterliegen. Dasselbe gilt für Fächer, Wochenstundentafeln und strukturelle Änderungen an den Schulen.

"Praxis- und demokratiefern"

Seit 1995 seien im Kanton Luzern "in übertriebener politischer Hektik" über 15 grössere Schuländerungen umgesetzt worden, schreibt das Initiativkomitee. Zahlreiche Änderungen beschliesse die Regierung per Verordnung. Diese wirkten als "von oben" verordnet. Die öffentliche Kontrolle im Bildungswesen weiche einer praxis- und demokratiefernen "Expertokratie".

Im überparteilichen Initiativkomitee vertreten sind Kantonalpolitiker aus SVP, CVP, FDP und BDP. Daneben wirken Lehrpersonen der Volksschule und der Berufsbildung sowie Unternehmer mit.

Die nun lancierte Volksinitiative ist gegenwärtig nicht die einzige im Bildungsbereich im Kanton Luzern. Im September 2014 hatte ein überparteiliches Komitee eine Gesetzesinitiative eingereicht, die verlangt, dass an Primarschulen künftig nur noch eine statt zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Sie ist bei der Luzerner Regierung hängig.

Widerstand in mehreren Kantonen

Auch in anderen Kantonen regte sich im Zug der Einführung des Lehrplans 21, der einheitliche Lernziele für die Deutschschweiz vorsieht, Widerstand gegen Reformen in der Bildung. In mehreren Kantonen wurden Initiativen gegen den Lehrplan und für mehr Mitsprache des Volks lanciert oder sind in Vorbereitung, unter anderem in den Kantonen Aargau, Baselland, Solothurn, Thurgau, St. Gallen und Zürich.

In Schwyz will der Regierungsrat die Initiative "Nein zum Lehrplan 21" vom Parlament für ungültig erklären lassen, wie er am Donnerstag bekannt gab. Das Volksbegehren stehe wegen der Einführung von Sonderreferenden im Widerspruch zur Kantonsverfassung und verstosse gegen formale Regeln. (sda)

<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/lu/luzern/Volksinitiative-fuer-mehr-Mitsprache-des-Volks-bei-Bildungsreformen;art92,555651>

ZOL, 26.06.2015

Fremdspracheninitiative wird definitiv lanciert

In Zürich wird eine Initiative lanciert, dass Primarschüler nur noch eine Fremdsprache lernen müssen. Das Komitee beginnt nach den Sommerferien mit der Unterschriftensammlung.

Im Kanton Zürich wird definitiv eine kantonale Volksinitiative für nur eine Fremdsprache an der Primarschule lanciert. Nach der Ungültigerklärung einer ähnlichen Initiative im Kanton St. Gallen hat das Zürcher Komitee den Text juristisch angepasst.

Dieser sei nun so formuliert, dass der Unterschriftensammlung nichts mehr im Wege stehe, teilte das «Komitee für nur eine Fremdsprache» am Freitag, 26. Juni 2015, mit. Dahinter steht eine Gruppierung von Lehrpersonen und Politikern.

Mit dem Unterschriften sammeln will das Komitee nach den Sommerferien beginnen, wie der ehemalige EVP-Kantonsrat und Bildungsrat Hanspeter Amstutz gegenüber der Nachrichtenagentur sda sagte. Zuerst müsse noch die amtliche Prüfung erfolgen.

Gemäss Initiative soll mit einer Anpassung des Schulgesetzes oder nötigenfalls einer Änderung oder Kündigung des HarmoS-Konkordats die Fremdsprachenregelung so geändert werden, dass «die zweite Fremdsprache erst auf der Sekundarstufe eingeführt wird». Der Regierungsrat soll auf Antrag des Bildungsrates beschliessen, ob Französisch oder Englisch erste Fremdsprache ist.

Keine besseren Resultate

Der frühe Fremdsprachenunterricht habe die hohen Erwartungen in keiner Weise erfüllt, heisst es in der Begründung der Initiative. Wissenschaftliche Studien hätten eindeutig ergeben, dass ein früher Beginn nicht zu besseren Resultaten führe.

Vielmehr zeige sich, dass nach kurzer Zeit in der Sekundarschule die Unterschiede zwischen Schülern mit und ohne Vorkenntnisse einer zweiten Fremdsprache kaum noch ins Gewicht fielen. Das für die Primarschule gewählte Konzept mit nur zwei Wochenlektionen pro Sprache sei für nachhaltiges Lernen ungeeignet.

Unterstützt wird das Begehren für nur eine Fremdsprache an der Primarschule von den bildungspolitisch konservativen Gruppierungen Zürcher Kantonale Mittelstufe (ZKM), Forum Kindgerechte Schule und der Gruppe Schule mit Zukunft.

Letztere hatte 2006 im Kanton Zürich eine Abstimmung über das Frühfranzösisch an der Primarschule erzwungen, diese aber verloren. Heute wird an den Zürcher Primarschulen Englisch ab der zweiten Klasse und Französisch ab der fünften Klasse unterrichtet. (liv/sda)

<http://www.zol.ch/ueberregional/kanton-zuerich/Fremdspracheninitiative-wird-definitiv-lanciert/story/24121465>

srf, 26. Juni 2015

«Kein Mensch ist bildungsfern»

Der Erziehungswissenschaftler Roland Reichenbach wehrt sich gegen den grassierenden Reformwahn und das Nützlichkeitsdenken im Bildungsbereich und plädiert für das Altbewährte. Er betont die Wichtigkeit der Lehrperson und meint, wir sollten wieder mehr für die Schule lernen, nicht fürs Leben.



Bildlegende: «**Was du hier lernst, ist wirklich wichtig**»: Dass Schüler von ihren Lehrern motiviert und unterstützt werden, findet Roland Reichenbach zentral für eine gute Schule. Imago

SRF: Herr Reichenbach, es ärgert Sie, wenn man Ihnen sagt, Sie kämen aus einem bildungsfernen Milieu. Warum?



Roland Reichenbach ist Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Uni Zürich und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung. 2013 erschien sein Buch «Für die Schule lernen wir: Plädoyer für eine gewöhnliche Institution».

Roland Reichenbach: Im Begriff «Bildungsferne» höre ich eine Verachtung. Das zeigt die typische Verarmung des Bildungsdenkens. Man setzt hier Bildung mit Schulbildung gleich. Meint «Bildung» aber wirklich die Anzahl Bücher, die zuhause stehen? Oder die Anzahl Jahre, die man in schulischen Institutionen verbringt? Diese Sichtweise halte ich für sehr problematisch. Sehen Sie, meine Eltern waren kulturell vielseitig interessiert. Wir sind als Kinder nach Rom und auf die Akropolis. Zudem haben mich meine Eltern dabei unterstützt, ein Instrument zu lernen. Ich halte «Bildungsferne» tatsächlich für ein Unwort. Wir sollten so nicht sprechen. Kein Mensch ist bildungsfern.

Sie sind der Ansicht, im Bildungsbereich gebe es eine «Neomanie», also eine ständige Suche nach Erneuerung und Reformen. Was finden sie schlecht an Erneuerungen?

Heute meinen alle, sie müssen dauernd etwas verändern, aber sie wissen nicht, wozu. Diese Innovationsrhetorik hat den Fortschrittsgedanken ersetzt. Fortschritt weiss, woher man kommt, und vor allem, wohin man gehen will. Innovation dagegen bedeutet, man muss sich dauernd verändern, kennt aber das Ziel nicht. Die Menschen sind heute immer aktiv, aber sie wissen nicht mehr, wohin die Reise gehen soll. Paul Virilio sprach von einem «rasenden Stillstand».

Würden Sie denn sagen, unsere Schulen sind prima, so wie sie sind?

Das würde ich nie sagen. Schulen sind nie prima, sondern immer problematisch. Überhaupt das gesellschaftliche Leben ist problematisch und widersprüchlich. Und diese Widersprüchlichkeit spiegelt sich auch im Schulsystem. Es gibt keine einfachen Lösungen. Aber die Schulkritik tut oft so. Das ist für mich dogmatische Besserwisserei.

Was könnte man aus Ihrer Sicht denn verbessern?

Zunächst ist zu sagen: Es gibt keine guten Schulen ohne gute Lehrpersonen. Und diese Lehrpersonen müssen den Schülerinnen und Schülern klar machen: Erstens: Was du hier lernst, ist wirklich wichtig. Zweitens: Mir ist es ein Anliegen, dass du das lernst. Drittens: Ich glaube fest daran, dass du das schaffst. Und viertens: Ich werde dir dabei helfen und dich unterstützen. Diese vier Punkte klingen vielleicht banal, aber sie sind ganz zentral und man sollte sie auf keinen Fall vergessen.

Sie meinen, Schule müsste nicht immer nützlich sein. Was meinen Sie damit?

Konfuzius plädierte dafür, dass man sich als Schüler auf etwas einlässt, ohne zu wissen, wohin einen das führen wird. Heute muss alles nützlich sein, alles braucht einen TransfERNutzen. Aber oft ist eine Idee doch nützlich, weil sie uns zu weiteren Ideen bringt. Und genau dieser Prozess bereichert uns. Dabei wissen wir vor dem Lernen eben nicht, was es uns bringen wird. Ich glaube, es ist sehr problematisch, wenn man sagt, wir sollten nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen. Damit bewerten wir das Leben höher als die Schule. Und zudem würde das ja heissen, dass die Schule nicht zum Leben gehört.

Was verstehen Sie denn unter Bildung?

Bildung heisst, sich mit etwas zu beschäftigen und dadurch zu einer anderen Person zu werden, ohne diesen Veränderungsprozess selbstbestimmt kontrollieren zu können. Man kann den Menschen nicht bilden, er kann sich nur selber bilden – aber eben nicht auf souveräne Weise. Man weiss nicht, wie man verändert wird durch ein Buch, durch eine Begegnung mit einem Menschen oder einer Kultur.

Einige reformpädagogische Ansätze meinen, damit ein Kind sich entfalten könne, brauche es weniger Lenkung durch die Lehrer und die Schulen. Was halten sie davon?

Das ist oft romantische Schulkritik. Man vergisst dabei, dass die mittelmässigen und schlechten Schülerinnen und Schüler unter diesen Formen des selbstorganisierten Lernens leiden. Und man negiert die Tatsache, dass die Schule viele verschiedene Funktionen hat und nur bedingt eine pädagogische Institution ist. Sie dient beispielsweise auch der Selektion und der Schaffung von ungleichen Zukunftschancen, das heisst am Schluss sollen nicht alle die gleichen Berechtigungen haben.

Der Lehrplan 21 soll die Lehrpläne der Kantone vereinheitlichen. Darin ist viel von Kompetenzen die Rede. Den Schülerinnen und Schülern soll weniger Wissen eingetrichtert werden, sondern sie sollten Fähigkeiten erlernen. Finden Sie das eine gute Sache?

Klar, gegen Kompetenzen kann man ja nichts haben. Aber gerade das ist das Problem. Alle wollen Kompetenzen. Aber was damit gemeint ist, ist unklar. Mit dem Wort «Kompetenz» wird eine Art Gottesdienst betrieben. Und das finde ich nicht in Ordnung. Der Physiker Max Planck sagte einmal: «Es gibt Dinge, über die wir uns einigen können – und wichtige Dinge».

Das Gespräch führte Barbara Bleisch

Das komplette Gespräch mit Roland Reichenbach sehen Sie am Sonntag, 28. Juni 2015 um 11 Uhr auf SRF1 – und schon jetzt auf der Webseite von [«Sternstunde Philosophie»](#).

Sendungen zu diesem Artikel

- [Dieser Link öffnet das Video in einem neuen Fenster.: Video «Roland Reichenbach - Welche Schule brauchen wir?» abspielen](#)

 Heute, 11:00

[Sternstunde Philosophie](#)
[Roland Reichenbach - Welche Schule brauchen wir?](#)

An wenigem wird so herumgemäkelt wie an den Schulen. Doch das Schweizer Bildungssystem ist besser, als sein Ruf, sagt Erziehungswissenschaftler Roland Reichenbach. Er warnt vor Reformen, die in unüberlegte Trendanpassungen ausarten. Barbara Bleisch im Gespräch mit dem streitbaren Bildungsforscher.

<http://www.srf.ch/wissen/lernen-gewusst-wie/kein-mensch-ist-bildungsfern>

soaktuell, 26.06.2015

Die Volksschule dem Volk

Leserbrief

Noch ehe das Volk verstanden hat, worum es beim neuen Lehrplan 21 tatsächlich geht, soll dieser im Eilzugstempo eingeführt werden. So muss man es machen, wenn man sich davor fürchtet, das Volk könnte sich dagegen auflehnen.

Leserbrief von Beat Künzli, Kantonsrat, Laupersdorf

Beim Lehrplan 21 (LP 21) geht es unter anderem um mehr Kontrolle der Berufsarbeit der Lehrpersonen und er ist geprägt von Vorstellungen, wie Bildungsstandards über nationale Grenzen hinweg normiert werden können. Auch Anita Fetz (SP) kritisiert den LP 21 und sagt: „Messbarkeit per se bringt nichts. Die Sau wird ja auch nicht fetter, bloss weil man sie wiegt.“ Was also bringt es unseren Schülern, wenn sie mit Kollegen aus anderen Ländern verglichen werden können, während weitgehend unklar ist, wie bei völlig individuellen Lernzielen eine übersichtliche Vergleichbarkeit von Schülerleistungen innerhalb des Klassenverbandes erreicht werden soll?

Es mangelt im LP21 an fest definierten Lernzielen, denn es ist ja nur noch die Rede von Kompetenzen. Vor allem aber fehlt es an Jahreslernzielen. Die vorgesehene Unterteilung in drei mehrjährige Zyklen wird dazu führen, dass die einzelnen Schüler immer mehr auseinanderdriften.

Dieser LP wird das Niveau senken und die Schwächeren benachteiligen. Es ist an der Zeit, dass das Volk sich zu einem solchen Systemwechsel äussern kann. Deshalb unterstütze ich die Initiative „Ja zu einer guten Volksschule ohne LP 21“.

Informationen findet man im Internet unter www.so-ohne-lp21.ch

http://www.soaktuell.ch/index.php?page=/news/die-volksschule-dem-volk_25175

NZZ, 27. Juni 2015

Boxenstopp beendet

Nach den Ferien wird die Fremdsprachen-Initiative lanciert

wbt. · Ein St. Galler Verwaltungsgerichtsurteil hat nicht nur die St. Galler Gegner der zweiten Fremdsprache in der Primarstufe gebremst, sondern auch die Zürcher Kritiker zu einem Boxenstopp gezwungen (NZZ 10. 6. 15). Die St. Galler haben die Ungültigerklärung ihrer Initiative inzwischen hingenommen: Sie verfolgen den politischen Weg weiter. Auch das Zürcher Komitee hat jetzt wieder Tritt gefasst. Für seine im Februar angekündigte Initiative «Mehr Qualität - eine Fremdsprache an der Primarschule» will es nach den Sommerferien mit der Unterschriftensammlung beginnen. In St. Gallen hat die Verletzung des rechtlich übergeordneten Harnos-Konkordats zur Ungültigerklärung beigetragen. Der Zürcher Initiativtext ist so abgeändert worden, dass er eine Änderung oder Kündigung des Konkordats einschliesst. Die Initianten geben sich in ihrer Mitteilung aber zuversichtlich, dass dieser Schritt nicht nötig sein werde, da eine Resolution des Schweizerischen Lehrerverbands LCH Bewegung in die Fremdsprachenfrage gebracht habe. Der LCH will die zweite Fremdsprache in der Primarstufe zum Wahlpflichtfach abstufen.

<http://www.pressreader.com/switzerland/neue-zuercher-zeitung/20150627/281779922775225/TextView>